

Bewerbungsrede für Platz 4 der Landesliste DIE LINKE. NRW zur Landtagswahl am 15.05.22

Bei der anstehen Landtagswahl, liebe Genossinnen und Genossen, droht Ungemach.

Wenn die aktuellen politischen Einschätzungen richtig sind, droht uns auch in NRW eine Ampel oder – überhaupt nicht unwahrscheinlich – sogar Jamaica. Das heißt: Die beiden Parteien der Besserverdienenden – FDP und Grüne – bestimmen dann maßgeblich die Richtung der Politik in unserem Bundesland.

Für alle Menschen, die in NRW auf soziale Gerechtigkeit, auf ökologische Nachhaltigkeit, auf eine Sanierung der schon jetzt maroden Infrastruktur setzen, nicht nur bei den Autobahnbrücken im Sauerland – sei es in der Bildung, in der Kultur, im Wohnungswesen, im Gesundheitswesen, im Pflegebereich, – für all die Menschen in NRW ist das keine gute Nachricht.

Zu den sozialen Themen, die wie ihr wisst, mir sehr am Herzen liegen, haben Janine und unser Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten eben alles Wichtige gesagt. Ich möchte Gerhard Trabert in seiner engagierten, tollen Rede nur voll zustimmen.

Und zum Thema Ökologie möchte ich den früheren Geschäftsführer von Greenpeace und Foodwatch-Gründer zitieren. Thilo Bode sagte vor wenigen Tagen in einem Interview in der Augsburger Zeitung an die Grünen gerichtet:

„Wenn ich mir den Koalitionsvertrag mit allen Schwurbeleien beim Thema ‚Klimaschutz‘ anschau, ist Skepsis angebracht. (...)

Die Klimapläne der neuen Regierung sind jetzt schon nicht ausreichend, um die deutschen Klima-Ziele, geschweige denn das 1,5-Grad-Ziel von Paris, zu erreichen. (...)“ (Augsburger Zeitung 09.01.22)

In der Tat: Eine Partei, die in einem Regierungsprogramm nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen durchsetzen kann, hat den Namen Öko-Partei nun wirklich nicht verdient.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es erst wenige Jahre her sind, dass die Grünen in NRW in der Landesregierung saßen. Und dass sie mit ihrem damaligen Umweltminister mit der Leitentscheidung zu Garzweiler vom Juli 2016 explizit zugestimmt haben, so wörtlich:

„dass Braunkohlenabbau im rheinischen Revier weiterhin erforderlich ist. Die Tagebaue Hambach und Inden bleiben unverändert.“

Was ja nichts anderes hieß, dass der Hambacher Wald abgebaggert werden sollte. Jetzt tun sie so, als hätte es das nicht gegeben.

Als jemand, der im Rheinischen Revier wohnt, der dort seit Jahren in Bewegungen und kommunalpolitisch für Klimaschutz und Kohleausstieg aktiv ist, muss ich zudem feststellen: Bis heute ist weder der Hambacher Forst dauerhaft gesichert, noch der Erhalt der Dörfer am Abbaurand von Garzweiler, wie Lützerath.

Hier braucht es knallharte Opposition! Auf der Straße, am Tagebaurand - aber gerade auch im Parlament. Und dafür braucht es uns - DIE LINKE.

Aber eines muss uns auch klar sein: Eine ökologische Politik gelingt nur, wenn auch die nachhaltige Transformation der Industrie gelingt. Eine wahrlich revolutionierende Aufgabe, die nur erfolgreich sein kann, wenn wir die Eigentums- und die Demokratiefrage neu stellen.

Wir brauchen eine neue Debatte über Wirtschaftsdemokratie, über mehr Mitbestimmung in Gesellschaft und Unternehmen, wofür und wie produziert werden soll. NRW sollte in dieser Debatte Vorreiter und Initiator sein.

Denn wenn der Staat Fördermittel an Private vergibt, z.B. über einen Transformationsfonds, - und es fließen ja Aber-Milliarden -, dann muss das durch entsprechende Kapitalbeteiligungen an den Gesellschaften und Unternehmen abgesichert werden; z.B. in Form der Transformations- oder Industriestiftung, wie wir es in unserem Landtagswahlprogramm fordern.

Nur so kann darauf Einfluss genommen werden, dass der Strukturwandelprozess auch in gesellschaftlich und demokratisch gewollten Bahnen verläuft - und nicht nach dem Gusto der Konzerne und Investoren.

Ja, genau: Für den Ausbau qualifizierter Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen brauchen wir deshalb auch starke Gewerkschaften. Ohne sie kann und wird das alles nicht erfolgreich sein.

Denn die Rechte derjenigen, die über kein Kapitaleigentum verfügen, dürfen bei diesen fundamentalen industriellen Umbau- und Transformations-Prozessen nicht unter die Räder kommen. Die abhängig Beschäftigten - wir alle - müssen Nutznießer und daher auch Gestalter dieser Prozesse sein.

Ja, dafür braucht man uns Linke - im Betrieb aber gerade auch im Parlament.

Ich bitte daher um eure Stimme für meine Kandidatur.